

In dieser Ausgabe setzen wir mit den Beiträgen von Wolfgang Schroeder und Siegmur Mosdorf unsere Essay-Reihe zur Zukunft der Sozialdemokratie fort, die wir im Juni mit Beiträgen von Thomas Meyer (Die SPD muss erkennbar bleiben) und Albrecht von Lucke (Was fehlt der Sozialdemokratie?) begonnen und u.a. mit einer Kontroverse zwischen Johano Strasser und Thorsten Schäfer-Gümbel im September fortgesetzt haben.

Wolfgang Schroeder

Neue Digital-Industrielle Agenda

Wie können wir die Digitalisierung der Wirtschaft so meistern, dass wirtschaftlicher wie auch sozialer Fortschritt Hand in Hand gehen? Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, hat in der Juli/August-Ausgabe der NG/FH eine politische Perspektive für die Digitalisierung eröffnet. Dabei hat er zwei Punkte stark gemacht: Einerseits solle sich Deutschland auf die eigenen Stärken besinnen, andererseits benötige es einen Mentalitätswandel. Aber was bedeutet beides? Welche Stärken gilt es auszubauen und welche Mentalität brauchen wir für die digitale Wende? Das Impulspapier »Starke Ideen für Deutschland 2015« von Sigmar Gabriel nennt die Digitalisierung einen der beiden Megatrends, auf die sich sozialdemokratische Politik im kommenden Jahrzehnt in besonderer Weise einstellen muss, führt aber das Projekt nicht im Einzelnen aus. Worum geht es? Meine These lautet: Wir brauchen eine Politik des dynamischen Wachstums, wofür wir die *kooperative Marktwirtschaft* stärken müssen, die den industriellen Sektor als ihre Basis hat.

Doch die Grundlage für eine solche Politik des dynamischen industriellen Wachstums ist kein Selbstläufer, sondern immer wieder neu zu begründen und durchzusetzen. Das gilt sowohl kulturell, institutionell wie auch finanziell. In der politischen Debatte gibt es zurzeit aber zwei Diskurse, die, aus unterschiedlichen Richtungen kommend, Zweifel an einer industriebasierten Wachstumsstrategie formulieren. Da ist einerseits der Postwachstumsdiskurs und andererseits der Risiko- und Bürokratediskurs.

Wachstumskritische Diskurse begleiten die OECD seit den 60er Jahren. Zugespitzt fordern manche die »Befreiung vom Überfluss«. Mehr Wachstum führe nicht zu mehr Wohlstand, Beschäftigung, Nachhaltigkeit und Zufriedenheit, sondern im Gegenteil zu mehr Ungerechtigkeit, mehr Unzufriedenheit und vor allem zu mehr Umweltbelastungen. Der Postwachstumsdiskurs stellt generell infrage, ob es überhaupt Wachstum braucht. Weniger ist mehr, lautet die Grundphilosophie.

Von einer ganz anderen Warte kritisieren jene, die davon ausgehen, dass Deutschland für eine weitere Wachstumsperspektive schlecht aufgestellt sei, indem sie unterstellen, dass die Risikamentalität von Managern schwach ausgeprägt sei, während der Hang zu überbordender Bürokratie ubiquitär sei. Dies seien die wesentlichen Hindernisse, die erklärten, weshalb ein stärkeres Wachstum in Deutschland kaum noch zu erwarten sei.

Während die einen also nicht wollen, dass Deutschlands Wirtschaft weiter wächst, glauben die anderen nicht daran, dass das überhaupt möglich ist. So wird aber die Debatte über Wachstum verzerrt. Vielmehr gilt es, die Debatte konstruktiv und produktiv zu führen. Anstatt sich also in einer Postwachstums- und Risikodebatte zu verlieren, sollte sich die deutsche Wachstumsdebatte vielmehr darum drehen, auf welchen Wegen das bisherige Wachstum maßgeblich geschaffen wird und wie man dort vorhandene Stärken weiter ausbauen kann. Die Stärke der deutschen Industrie sollte man deshalb als neuen Ankerpunkt der Debatte setzen.

Die Industrie ist zentral für die deutsche Volkswirtschaft – das muss die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Debatte herausarbeiten. Die Anfang der 70er Jahre entwickelte These, dass die Struktur der entwickelten Industriestaaten sich fundamental von einer Industrie- in eine Dienstleistungsgesellschaft verwandelt, trifft für Deutschland und viele andere OECD-Staaten kaum zu. Zwar gab es einen exponentiellen Anstieg des tertiären Sektors bei gleichzeitiger Minimierung der sekundären Bereiche des verarbeitenden Gewerbes: Arbeiteten 1970 noch über 50 % der Beschäftigten im sekundären Sektor und wurden als Arbeiter identifiziert, so hat sich die sozialstrukturelle Zuschreibung gänzlich in Richtung einer Angestelltenrepublik gewandelt. Doch täuschen diese askriptiven Zuordnungen darüber hinweg, dass der Anker der wirtschaftlichen Dynamik in Deutschland nach wie vor die industrielle Produktion ist. Deshalb sollten wir sinnvollerweise von einer industriebasierten Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft sprechen. Diese Perspektive stellt nicht die Industrie gegen die Dienstleistungsgesellschaft, sondern bezieht sie produktiv aufeinander; denn das ist die Stärke einer sich permanent und strukturell verändernden dynamischen Volkswirtschaft. In diesem Sinne bleibt die Industrie nicht nur Dreh- und Angelpunkt der Dynamik der deutschen Volkswirtschaft, sondern muss gezielter in den Blick genommen werden. Die Kreativitätsallokation findet so zum Beispiel nicht ausschließlich an den Universitäten statt, sondern auch im und durch das duale System der Aus- und Weiterbildung.

Zurzeit kündigen sich zudem Entwicklungen an, um die deutschen Stärken in der mechanischen industriellen Basis in offensiver und kreativer Form mit neuen digitalen Strukturen zu synthetisieren. Die Rede ist von Industrie 4.0. Und gerade diese wird die deutsche Wirtschaft noch viel stärker in Richtung einer industriebasierten Wissensgesellschaft verändern. Die Debatte um Industrie 4.0 kann helfen, die Bedeutung der Industrie insgesamt wieder zu stärken. Denn die Leistung einer industriebasierten Wissensgesellschaft muss auch breiter diskutiert werden als bisher. Drei wesentliche Leistungen der Industrie untermauern das und sollten innerhalb einer Debatte über die Zukunft der Industrie stärker herausgehoben werden:

Erstens: die wirtschafts- und sozialpolitische Macht der Industrie. Mehr Industrie schafft mehr Wohlstand, weshalb es auch mehr zu verteilen gibt. Die Industrie stand in Deutschland 2014 für etwa 22 % der gesamten Bruttowertschöpfung. Die äußerst hohe Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie kann auch an der Produktivitätsentwicklung festgemacht werden. So lag nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen 2014 um etwa 14 % über dem Wert des Jahres 2005; die Stundenproduktivität ist sogar noch stärker gewachsen. Die deutsche Industrie steht zudem für 86 % der Ausgaben für Forschung und Entwicklung – sie schafft und fördert somit Innovationen in Deutschland. Und innerhalb der Industrie liegt das Jahresentgelt je Beschäftigten deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Die Industrie sorgt somit nicht nur für gute Einkommen der rund sechs Millionen dort Beschäftigten, sondern ist maßgeblich für die Binnenkonjunktur.

Zweitens: die ökologische Macht der Industrie. Die Industrie ist heute weniger denn je als Problem für die ökologische Wende zu sehen, sondern vielmehr als deren problemlösende Kraft. Nach dem Green-Tech-Atlas des Bundesumweltministeriums von 2014 wächst die Rolle der Green-Tech unaufhörlich. Schon 2013 lag das globale Volumen dieses Marktsegmentes bei 2.536 Milliarden Euro und im Jahr 2025 könnte es bereits bei 5.385 Milliarden Euro liegen. 2013 lag hierbei der Weltmarktanteil der deutschen Anbieter bei 14 %. So bestimmt Green-Tech in Deutschland schon heute die Stärke der deutschen Wirtschaftsleistung mit: 2013 lag ihr Anteil am BIP bei 13 %. So werden auch in Deutschland Arbeitsplätze geschaffen. 2012 waren in der Querschnittsbranche Umwelttechnik und

Ressourceneffizienz 1,5 Millionen Erwerbstätige beschäftigt. Bis 2018 gehen die Unternehmen sogar von einer jahresdurchschnittlichen Zunahme der Mitarbeiterzahl von 6,7 % aus. Die Energiewende schafft daher nicht nur einen Mehrwert für die deutsche Volkswirtschaft und Beschäftigung, sondern wird durch die industriellen Innovationen in der Energie- und Umwelttechnik überhaupt erst möglich. In diesem Sinne ist die Energiewende auch vor allem als industriepolitisches Projekt zu verstehen. Eine nachhaltigere Wirtschaft kann nur auf Basis betriebswirtschaftlich lohnender Umwelttechnologie aufgebaut werden.

Drittens: Die Industrie ist eine beschäftigungspolitische Macht. In der Industrie arbeitet ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland. Zudem wird ein großer Anteil von Beschäftigung im Dienstleistungsbereich erst durch den Industriesektor ermöglicht, laut DIW etwa im Jahr 2009 in einem Umfang von 3,8 Millionen Erwerbstätigen. Das sind 12,9 % der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich. »Besonders hoch sind die Beschäftigungseffekte bei den unternehmensnahen Dienstleistungen; dies sind 22,5 % der in diesen Bereichen Tätigen«. Die Industrie sucht nach qualifizierten Beschäftigten; mithin bietet sie Einstiege für qualifizierte Zuwanderer. Talente unter Flüchtlingen und Zuwanderern zu identifizieren, um sie auf freie Stellen zu vermitteln, ist also eine große beschäftigungspolitische Chance.

Um die dreifache Macht der Industrie zu realisieren, bedarf es einer umsichtigen Weiterentwicklung der kooperativen Strukturen des deutschen Modells von Sozialpartnerschaft und tripartistischen Bündnissen, die ja gewissermaßen zur DNA dieses Landes gehören. Doch wie können diese häufig schwerfällig, langsam und selektiv wirkenden Strukturen und Akteure sich so öffnen, dass sie zur innovativen Basis für eine inklusive Aufsteiger-gesellschaft werden? Wie können die bestehenden korporativen Strukturen nicht zur geschlossenen, sondern zur offenen Gesellschaft beflügeln? Wie kann die neue Qualität der Einwanderung genutzt werden, um die Innovations- und Erneuerungsfähigkeit der Gesellschaft voran zu bringen? Diesen Fragen müssen sich die kooperativen Akteure des Modells Deutschland widmen, um sich selbst als lernfähige Akteure zu legitimieren. Denn wenn die kooperative Marktwirtschaft weiterhin der Leitgedanke dieses Kapitalismusmodells bleiben will, dann muss die Lern- und Innovationsbereitschaft auf allen Ebenen präsent sein.

Das gerade unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, der IG Metall und des Bundesverbands der Deutschen Industrie gegründete Bündnis »Zukunft der Industrie« könnte ein Meilenstein für die weitere dynamische Entwicklung der industriebasierten Dienst- und Wissensproduktion sein. Auf jeden Fall werden konstruktive flexibilitätsfähige Partnerschaften benötigt, um jene guten praktischen Lösungen zu schaffen, und sich dabei nicht in ideologischem, bürokratischem und föderalem Kleinklein zu verlieren. Dabei sind auch Antworten auf die Schattenseiten der Digitalisierung mit ihren arbeitsplatzzerstörenden, entgrenzenden Dynamiken notwendig.

Die *kooperative* oder *koordinierte* Marktwirtschaft ist einer der zentralen Gründe, warum die Industrie in Deutschland so stark ist und warum sich die Industrie hierzulande stets modernisiert. Die Erfolge der deutschen Industrie sind nämlich zum einen durch die moderne Tarif- und Mitbestimmungspolitik, die weite Bereiche des Industriesektors kennzeichnet, begründet. Sie ist Basis der wettbewerbsfähigen, innovativen Industrie mit guten Arbeitsbedingungen und ermöglicht soziale Innovationen.

Kapitalismus war in Deutschland immer ein Verhandlungsprojekt. Aber das ist teilweise bis weitgehend erodiert – vor allem durch die Dominanz des angelsächsischen Finanzkapitalismus. Das muss repariert werden. Um das deutsche Erfolgsmodell unter den Bedingungen des Digitalkapitalismus beizubehalten, damit dieser überhaupt erfolgreich werden kann, ist jene korporatistisch handelnde Gruppe aus Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften notwendig – wie beim Bündnis »Zukunft der Industrie«. Sie wird aber nur dann erfolgreich

sein, wenn sie die heißen Fragen aufgreift und die offene Gesellschaft im Sinne einer verantwortlichen Aufsteiger-gesellschaft befördert. Denn nur durch die Revitalisierung der kooperativen Marktwirtschaft lässt sich mithin mehr Wohlstand durch mehr Industrie schaffen.

Man darf sich also nicht auf der guten Ausgangslage ausruhen. Um die wirtschaftliche Situation in Deutschland zu verstetigen und das Land zukunftstauglich zu machen, braucht es eine Agenda für die Zukunft der Industrie und die Industrie der Zukunft. Und die muss technologische, wirtschafts-, sozial- und bildungspolitische Elemente umfassen. Im Sinne von Matthias Machnig sollten die Stärken des deutschen Modells innovativ weiterentwickelt werden und zugleich, und das ist die Basis, selbst dazu beitragen, Mentalitäten zu verändern. Anders als in den 90er Jahren gedacht, heißt dies nicht einfach Anpassung an den liberalen Kapitalismus. Vielmehr ist Wirtschaftspolitik in Zeiten von Globalisierung und steigender Komplexität selbst komplexer geworden. Vor allem sollte die ökologische Herausforderung und die Einwanderung als Chance begriffen werden, um die Durchlässigkeit der Gesellschaft zu verbessern, ohne die sozialen Standards dieser Gesellschaft zu verletzen. Daher braucht man eine Strategie, an der alle wesentlichen Akteure beteiligt sind. Es geht um eine »Neue Digital-Industrielle Agenda«.



Wolfgang Schroeder

ist Professor an der Universität Kassel und beim IG Metall-Vorstand Leiter der Grundsatzabteilung. Er war von 2009-2014 Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg.

wolfgang.schroeder@uni-kassel.de

Siegmar Mosdorf

Global – Digital – Gerecht

Was heißt Wirtschaftskompetenz heute?

»It's the economy, stupid!« – mit diesem Wahlkampfslogan gewann Bill Clinton 1992 die amerikanischen Präsidentschaftswahlen und das, obwohl der damalige Amtsinhaber George Bush ein Jahr zuvor noch Zustimmungswerte von 90 % hatte. Clinton siegte am Ende mit 44,9 Millionen Stimmen (43 %) gegen Bush, der 39 Millionen Stimmen (37,5 %) erhielt.

Wirtschaftskompetenz ist vor allem für die meinungsbildenden Leistungsträger – vom Facharbeiter bis zum Spitzenmanager – im Laufe der letzten Jahrzehnte in hoch entwickelten Demokratien zu einem immer wichtigeren Wahlkriterium geworden. Das war im Deutschland der Nachkriegszeit noch anders, damals standen andere politische Themen im Vordergrund, allen voran außenpolitische. Doch schon Mitte der 50er Jahre wurde Wirtschaftsminister Ludwig Erhard mit seiner Politik und dem Motto »Wohlstand für alle« zum Vater des »Wirtschaftswunders« und damit zum wichtigsten Wahlhelfer der Kanzlerschaft Adenauers und der Union.

In der Regierungsmannschaft Willy Brandts standen vor allem der Finanzminister Alexander Möller (damals der einzige aktive Manager im Kabinett) und der Diplom-Volkswirt Karl Schiller als Wirtschaftsminister für Wirtschaftskompetenz. Später verkörperte diese der Kanzler Helmut Schmidt – selbst Diplom-Volkswirt und kurze Zeit Bundeswirtschafts- und -finanzminister – auf besonders authentische Weise, was damals vor